

Berlin

15. Januar 1975

43. Jahrgang

*Häglin*

## Erste Zeichen einer Entlastung am Arbeitsmarkt

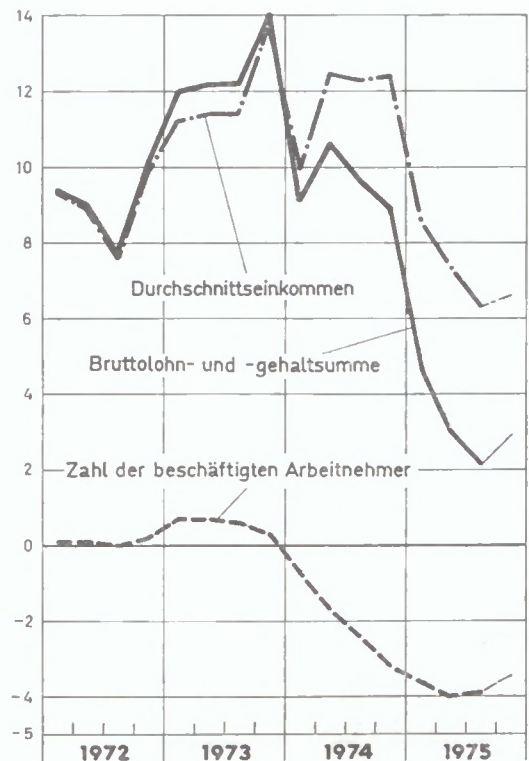
### Beschäftigung und Arbeitnehmereinkommen in der Bundesrepublik Deutschland im dritten Quartal 1975

Im dritten Quartal 1975 hat sich die Lage am Arbeitsmarkt insgesamt kaum verändert; die Arbeitslosigkeit nahm saisonbereinigt noch leicht zu, doch waren partiell auch Anzeichen für eine sich wieder belebende Nachfrage nach Arbeitskräften zu erkennen. Im Quartalsdurchschnitt waren 870 000 Arbeitnehmer weniger beschäftigt als ein Jahr zuvor. Unter Einschluß der zwar sinkenden, aber immer noch hohen Zahl von Kurzarbeitern waren im Berichtsquartal 1 3/4 Mill. Personen (im Vorquartal 2 Mill.) ohne Arbeit oder von Arbeitseinschränkungen betroffen.

Der Anstieg der effektiven Individualeinkommen im dritten Quartal 1975 lag im Vorjahrsvergleich mit reichlich 6 vH deutlich unter den in der ersten Jahreshälfte 1975 erreichten Zuwachsraten. Er war auch niedriger als der des gesamtwirtschaftlichen Tariflohn- und -gehaltensniveaus, das im Berichtsquartal noch um rund 7,5 vH über dem des entsprechenden Vorjahrsquartals lag. Allerdings war dieser Rückstand der effektiven gegenüber der tariflichen Veränderung des Lohnniveaus — die negative Lohn-drift — nicht mehr so ausgeprägt wie im Vorquartal. Immerhin machte sie für Arbeiter noch reichlich 2 vH-Punkte aus, bei den Angestellten etwa einen Punkt.

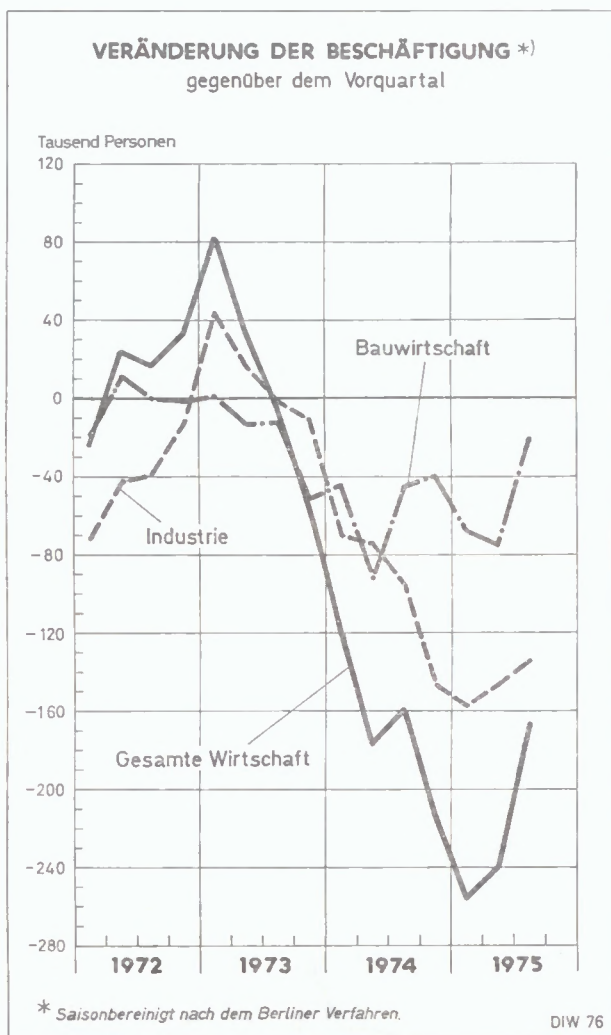
Die zu Jahresbeginn 1975 gehegten Erwartungen,

**ENTWICKLUNG DER ARBEITNEHMEREINKOMMEN  
IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND\***  
Veränderung in vH gegenüber dem entsprechenden Vorjahrsquartal



\* 4. Quartal 1975 geschätzt.

DIW 76



vergleich noch 17 vH, so schwächte er sich bis zum dritten Vierteljahr auf 7,5 vH ab. Dabei war nach längerer Zeit der Anstieg der industriellen Lohnstückkosten in der Industrie auch wieder geringer als in der Gesamtwirtschaft (8 vH).

**Beschäftigung**

Im Vergleich zur ersten Jahreshälfte 1975 hat sich die Abnahme der Beschäftigtenzahl im Berichtsquartal erheblich verlangsamt: In den beiden vorangegangenen Vierteljahren – dem Höhepunkt der Rezession – sind saisonbereinigt 255 000 bzw. 240 000 Arbeitskräfte freigesetzt worden, im Berichtsquartal nur noch 165 000. Immerhin hat sich der Rückgang der Beschäftigten seit dem dritten Quartal 1973, als der Konjunkturabschwung einsetzte, nun auf insgesamt 1,4 Mill. Personen kumuliert. Die Arbeitslosenzahl ist allerdings mit einer Zunahme von 800 000 nicht in gleichem Umfang gestiegen, da das Arbeitskräftepotential – vor allem wegen der Abwanderung ausländischer Arbeitnehmer – merklich kleiner geworden ist.

Saisonbereinigt hat die Arbeitslosigkeit von Ende Juni bis Ende September 1975 noch um 37 000 Personen (im Vorquartal um 49 000) zugenommen. Zugleich ist die zur Jahresmitte noch sehr große Zahl der Kurzarbeiter von 800 000 auf 640 000 zurückgegangen.

Eine Untersuchung der Bundesanstalt für Arbeit<sup>1</sup> zum Erhebungstermin Ende September 1975 zeigt,

<sup>1</sup> Presseinformationen der Bundesanstalt für Arbeit. Strukturmerkmale der Arbeitslosigkeit Ende September 1975. Nr. 70/75 vom 4. 12. 1975.

daß sich bei schwächerer Lohnexpansion der Kostendruck der Wirtschaft rasch mindern würde, hat sich wegen des starken Produktionsrückgangs nicht erfüllt; erst seit dem Sommer zeigt sich eine Entspannung: Betrag der Zuwachs der Lohnstückkosten in der Industrie im ersten Quartal 1975 im Vorjahrs-

**Entwicklung von Effektiv- und Tariflöhnen<sup>1)</sup> und -gehältern in ausgewählten Wirtschaftszweigen<sup>2)</sup>**

	1972				1973				1974				1975		
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
Zunahme in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit															
Arbeiter . . . . .															
effektiv . . . . .	10,3	8,9	7,4	11,6	11,8	11,1	11,3	11,8	9,2	11,2	11,6	12,5	8,0	5,6	5,7
tariflich <sup>3)</sup> . . . . .	10,1	10,5	9,0	9,0	9,6	9,9	10,0	10,0	10,8	11,4	12,1	12,0	10,6	9,3	7,9
Angestellte . . . . .															
effektiv . . . . .	8,9	9,7	8,0	8,9	10,7	12,0	11,5	14,1	10,2	12,9	13,3	12,5	9,6	8,6	6,6
tariflich <sup>3)</sup> . . . . .	8,8	9,2	9,8	9,7	9,5	10,5	9,3	9,4	10,8	11,1	11,9	12,0	10,1	8,5	7,4
Differenz zwischen effektiver und tariflicher Veränderungsrate															
Arbeiter . . . . .	+ 0,2	- 1,6	- 1,6	+ 2,6	+ 2,2	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,8	- 1,6	- 0,2	- 0,5	+ 0,5	- 2,6	- 3,7	- 2,2
Angestellte . . . . .	+ 0,1	+ 0,5	- 1,8	- 0,8	+ 1,2	+ 1,5	+ 2,2	+ 4,7	- 0,6	+ 1,8	+ 1,4	+ 0,5	- 0,5	+ 0,1	- 0,8

1) Berechnungsbasis: Tarifliche Wochenlöhne. – 2) Industrie, Baugewerbe, Handel, Verkehr und öffentlicher Dienst; bei den Angestellten zusätzlich Geld-, Bank- und Versicherungswesen. – 3) Jeweils der erste Monat eines Vierteljahres.

**Saisonbereinigte Entwicklung der Beschäftigtenzahl<sup>1)</sup>**

in 1000 Personen

	1972			1973				1974				1975		
	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
Land- und Forstwirtschaft	300	299	298	296	295	294	292	291	289	287	285	285	283	281
Produzierendes Gewerbe	11 598	11 823	11 810	11 857	11 863	11 846	11 785	11 665	11 496	11 349	11 151	10 918	10 699	10 545
dar.: Industrie . . . .	8 814	8 775	8 761	8 805	8 822	8 821	8 811	8 741	8 667	8 572	8 426	8 269	8 123	7 989
Baugewerbe . . .	1 913	1 913	1 912	1 913	1 900	1 888	1 837	1 793	1 701	1 656	1 616	1 548	1 473	1 452
Handel und Verkehr . .	4 262	4 274	4 282	4 286	4 284	4 274	4 258	4 236	4 210	4 181	4 144	4 110	4 073	4 047
Dienstleistungen . . . .	5 993	6 034	6 073	6 106	6 137	6 159	6 183	6 205	6 226	6 245	6 266	6 279	6 297	6 314
Beschäftigte, gesamt . .	22 414	22 431	22 463	22 545	22 578	22 573	22 518	22 397	22 220	22 061	21 847	21 591	21 352	21 186

<sup>1)</sup> Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren.

daß sich bei langanhaltender Arbeitslosigkeit für bestimmte soziale Gruppen das Risiko, arbeitslos zu werden oder zu bleiben, besonders erhöht. Ende September 1975 waren nahezu zwei Fünftel aller Arbeitslosen länger als ein halbes Jahr ohne Arbeit; ein Jahr zuvor hatte dieser Anteil erst ein Viertel betragen. Die Arbeitslosenquote der Frauen (5,5 vH) war erheblich höher als die der Männer (3,8 vH). Ausländische Arbeitnehmer waren mit 5,6 vH relativ häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als deutsche Arbeitnehmer (4,2 vH).

Besonders stark sind Jugendliche, überhaupt junge Arbeitnehmer, von Arbeitslosigkeit betroffen, vor allem, wenn sie keine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Binnen Jahresfrist hat sich die Lage für diesen Personenkreis erheblich verschlechtert: Fast jeder zweite stellunglose Arbeitnehmer war im September 1975 weniger als 30 Jahre alt. Nahezu drei Fünftel aller Arbeitslosen hatten keinen erlernten Beruf.

Ebenso wie der Anstieg der Arbeitslosigkeit hat sich der nun schon zwei Jahre anhaltende Beschäftigtenrückgang, von dem, abgesehen von den Dienstleistungen, alle Wirtschaftsbereiche erfaßt sind, im Berichtsquartal erstmals verlangsamt. In der Industrie nahm die Beschäftigtenzahl gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt allerdings nochmals um 135 000, d. h. fast ebenso stark wie vorher ab; vier Fünftel des Rückgangs in der Gesamtwirtschaft entfielen auf diesen Sektor. Abermals sehr ausgeprägt war die Reduzierung des Personalbestandes mit 63 000 in der Investitionsgüterindustrie. Abgeschwächt haben sich dagegen die Entlassungen in der Verbrauchsgüterindustrie (– 33 000). In einzel-

nen Industriezweigen hat sich die Beschäftigungstendenz sogar schon grundsätzlich geändert. So wurde von Ende Juni bis Ende September 1975 der Beschäftigtenstand im Straßenfahrzeugbau wieder um 3 000 Personen erhöht, ebenso im Steinkohlenbergbau; auch im Stahl- und Leichtmetallbau stieg die Beschäftigtenzahl wieder. Stabilisiert hat sich die Beschäftigungslage in der Bekleidungsindustrie (– 1 000). Überdurchschnittlich eingeschränkt wurde dagegen abermals die Beschäftigung in der elektrotechnischen Industrie (– 15 000) sowie in der Textilindustrie (– 6 000).

In der Bauwirtschaft, in der die saisonbereinigte Beschäftigtenzahl im Vorquartal um nicht weniger als 75 000 zurückgegangen war, nahm diese nur noch um 21 000 ab. Die Entwicklung von Baugenehmigungen und Auftragseingängen deutet darauf hin, daß in diesem Bereich der konjunkturelle Beschäftigtenrückgang bald zum Stillstand kommen wird.

Günstiger als bisher gestaltete sich die Arbeitsmarktlage auch im Handwerk, das kaum noch Entlassungen vornahm. Im Handel (– 16 000) hat sich der Beschäftigtenrückgang deutlich abgeschwächt. Weniger gilt dies für den Verkehrsbereich (– 10 000), der wegen der Finanznöte von Bundespost und Bundesbahn auch auf längere Sicht seinen Personalbestand erheblich einschränken wird. Im Dienstleistungsbereich sind wiederum Einstellungen begrenzten Umfangs vorgenommen worden.

**Durchschnittseinkommen**

Mit tariflichen Erhöhungen zwischen 6,5 und 7 vH in der ersten Jahreshälfte wurde das Tempo der Einkommenssteigerungen der Lohnrunde 1975 be-

**Beschäftigung und Einkommen der Arbeitnehmer<sup>1)</sup> in der Bundesrepublik Deutschland<sup>2)</sup> im 3. Quartal 1975**

Wirtschaftsbereich	Absolute Zahlen								Veränderung gegenüber Vorjahr in vH			
	Männer				Frauen				Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt
	Gesamt	Arbeiter	Angestellte u. Beamte	Lehrlinge	Gesamt	Arbeiter	Angestellte u. Beamte	Lehrlinge				
Beschäftigte Arbeitnehmer (in 1000 Pers.)												
<b>Land- und Forstwirtschaft</b> . . . . .	<b>208</b>	<b>160</b>	<b>25</b>	<b>23</b>	<b>92</b>	<b>77</b>	<b>6</b>	<b>9</b>	<b>300</b>	<b>- 1,9</b>	<b>- 2,1</b>	<b>- 2,0</b>
Bergbau . . . . .	247	196	41	10	7	3	4	0	254	1,2	-	1,2
Energiewirtschaft . . . . .	192	124	63	5	23	6	17	0	215	0,5	± 0,0	0,5
Grundstoff- u. Prod.-güterind. . . . .	1 342	966	339	37	302	155	135	12	1 644	- 6,2	- 5,3	- 6,1
Investitionsgüterindustrie . . . . .	2 733	1 817	756	160	924	596	301	27	3 657	- 7,3	- 7,6	- 7,3
Verbrauchsgüterindustrie . . . . .	861	627	204	30	905	746	128	31	1 766	- 7,9	- 8,7	- 8,3
Nahrungs- und Genußmittelind. . . . .	303	202	97	4	171	122	46	3	474	- 5,6	- 6,0	- 5,8
<b>Industrie, gesamt</b> . . . . .	<b>5 678</b>	<b>3 932</b>	<b>1 500</b>	<b>246</b>	<b>2 332</b>	<b>1 628</b>	<b>631</b>	<b>73</b>	<b>8 010</b>	<b>- 6,4</b>	<b>- 7,5</b>	<b>- 6,8</b>
Handwerk u. sonst. Kleingewerbe . . . . .	852	613	105	134	257	99	124	34	1 109	- 1,6	- 1,2	- 1,5
Baugewerbe . . . . .	1 411	1 193	127	91	94	12	75	7	1 505	- 12,0	- 10,5	- 11,9
<b>Produzierendes Gewerbe</b> . . . . .	<b>7 941</b>	<b>5 738</b>	<b>1 732</b>	<b>471</b>	<b>2 693</b>	<b>1 739</b>	<b>830</b>	<b>114</b>	<b>10 624</b>	<b>- 7,0</b>	<b>- 7,1</b>	<b>- 7,0</b>
Handel . . . . .	1 257	493	630	134	1 357	230	967	160	2 614	- 3,4	- 3,6	- 3,5
Verkehr <sup>3)</sup> . . . . .	1 158	525	593	40	261	87	166	8	1 419	- 2,4	- 4,0	- 2,7
<b>Handel und Verkehr</b> . . . . .	<b>2 415</b>	<b>1 018</b>	<b>1 223</b>	<b>174</b>	<b>1 618</b>	<b>317</b>	<b>1 133</b>	<b>168</b>	<b>4 033</b>	<b>- 2,9</b>	<b>- 3,7</b>	<b>- 3,2</b>
Öffentlicher Dienst <sup>4)</sup> . . . . .	2 354	390	1 932	32	1 062	222	813	27	3 416	1,6	1,5	1,6
Geld-, Bank- u. Versicherungswes. . . . .	359	14	314	31	323	26	272	25	682	0,6	0,9	0,7
Gaststättenwesen . . . . .	145	84	45	16	237	147	82	8	382	- 0,7	- 0,4	- 0,5
Häusliche Dienste . . . . .	1	-	1	-	254	170	73	11	255	-	- 1,6	- 1,5
Dienstleistungshandwerk <sup>5)</sup> . . . . .	86	66	13	7	344	250	50	44	430	3,6	2,4	2,6
Sonstige Dienstleistungen <sup>6)</sup> . . . . .	387	95	268	24	754	181	523	50	1 141	0,5	0,5	0,5
<b>Dienstleistungen, gesamt</b> . . . . .	<b>3 332</b>	<b>649</b>	<b>2 573</b>	<b>110</b>	<b>2 974</b>	<b>996</b>	<b>1 813</b>	<b>165</b>	<b>6 306</b>	<b>1,3</b>	<b>0,9</b>	<b>1,1</b>
<b>Insgesamt</b> . . . . .	<b>13 896</b>	<b>7 565</b>	<b>5 553</b>	<b>778</b>	<b>7 367</b>	<b>3 129</b>	<b>3 782</b>	<b>456</b>	<b>21 263</b>	<b>- 4,3</b>	<b>- 3,2</b>	<b>- 3,9</b>
Bruttolöhne und -gehälter (in Mill. DM)												
<b>Land- und Forstwirtschaft</b> . . . . .	<b>800</b>	<b>603</b>	<b>174</b>	<b>23</b>	<b>248</b>	<b>214</b>	<b>26</b>	<b>8</b>	<b>1 048</b>	<b>5,3</b>	<b>4,6</b>	<b>5,1</b>
Bergbau . . . . .	1 665	1 213	441	11	41	16	25	0	1 706	8,0	-	8,0
Energiewirtschaft . . . . .	1 331	800	526	5	136	29	107	0	1 467	7,1	7,1	7,1
Grundstoff- u. Prod.-güterind. . . . .	9 257	5 879	3 336	42	4 432	620	799	13	10 689	- 3,7	- 1,7	- 3,5
Investitionsgüterindustrie . . . . .	18 808	11 501	7 126	181	4 366	2 532	1 805	29	23 174	- 0,6	- 0,5	- 0,6
Verbrauchsgüterindustrie . . . . .	5 119	3 382	1 702	35	3 416	2 696	686	34	8 535	- 2,5	- 3,0	- 2,7
Nahrungs- und Genußmittelind. . . . .	2 004	1 185	815	4	684	428	253	3	2 688	2,1	2,9	2,3
<b>Industrie, gesamt</b> . . . . .	<b>38 184</b>	<b>23 960</b>	<b>13 946</b>	<b>278</b>	<b>10 075</b>	<b>6 321</b>	<b>3 675</b>	<b>79</b>	<b>48 259</b>	<b>- 0,9</b>	<b>- 1,2</b>	<b>- 0,9</b>
Handwerk u. sonst. Kleingewerbe . . . . .	3 750	2 995	627	128	782	313	438	31	4 532	5,3	6,1	5,5
Baugewerbe . . . . .	8 673	7 425	1 150	98	427	55	365	7	9 100	- 6,5	- 4,5	- 6,4
<b>Produzierendes Gewerbe</b> . . . . .	<b>50 607</b>	<b>34 380</b>	<b>15 723</b>	<b>504</b>	<b>11 284</b>	<b>6 689</b>	<b>4 478</b>	<b>117</b>	<b>61 891</b>	<b>- 1,5</b>	<b>- 0,9</b>	<b>- 1,3</b>
Handel . . . . .	6 813	2 323	4 359	131	5 000	791	4 061	148	11 813	3,2	3,6	3,4
Verkehr <sup>3)</sup> . . . . .	6 793	2 867	3 883	43	1 310	388	914	8	8 103	3,7	2,5	3,5
<b>Handel und Verkehr</b> . . . . .	<b>13 606</b>	<b>5 190</b>	<b>8 242</b>	<b>174</b>	<b>6 310</b>	<b>1 179</b>	<b>4 975</b>	<b>156</b>	<b>19 916</b>	<b>3,5</b>	<b>3,3</b>	<b>3,4</b>
Öffentlicher Dienst <sup>4)</sup> . . . . .	16 951	2 203	14 710	38	6 308	985	5 292	31	23 259	7,8	8,0	7,8
Geld-, Bank- u. Versicherungswes. . . . .	2 301	71	2 195	35	1 501	94	1 380	27	3 802	8,6	9,8	9,1
Gaststättenwesen . . . . .	712	390	306	16	771	445	319	7	1 493	6,6	6,6	6,6
Häusliche Dienste . . . . .	5	-	5	-	748	463	275	10	753	-	5,5	5,5
Dienstleistungshandwerk <sup>5)</sup> . . . . .	362	268	87	7	976	728	207	41	1 338	10,7	9,4	9,8
Sonstige Dienstleistungen <sup>6)</sup> . . . . .	2 319	460	1 833	26	2 737	594	2 091	52	5 056	7,1	7,8	7,5
<b>Dienstleistungen, gesamt</b> . . . . .	<b>22 650</b>	<b>3 392</b>	<b>19 136</b>	<b>122</b>	<b>13 041</b>	<b>3 309</b>	<b>9 564</b>	<b>168</b>	<b>35 691</b>	<b>7,8</b>	<b>8,0</b>	<b>7,9</b>
<b>Insgesamt</b> . . . . .	<b>87 663</b>	<b>43 565</b>	<b>43 275</b>	<b>823</b>	<b>30 883</b>	<b>11 391</b>	<b>19 043</b>	<b>449</b>	<b>118 546</b>	<b>1,6</b>	<b>3,7</b>	<b>2,1</b>
Monatliches Durchschnittseinkommen (in DM)												
<b>Land- und Forstwirtschaft</b> . . . . .	<b>1 282</b>	<b>1 256</b>	<b>2 320</b>	<b>333</b>	<b>899</b>	<b>926</b>	<b>1 444</b>	<b>296</b>	<b>1 164</b>	<b>7,3</b>	<b>6,9</b>	<b>7,2</b>
Bergbau . . . . .	2 247	2 063	3 585	367	1 952	1 778	2 083	-	2 239	6,7	-	6,8
Energiewirtschaft . . . . .	2 311	2 151	2 783	333	1 971	1 611	2 098	-	2 274	6,5	7,1	6,6
Grundstoff- u. Prod.-güterind. . . . .	2 299	2 029	3 280	378	1 581	1 333	1 973	361	2 167	2,7	3,8	2,8
Investitionsgüterindustrie . . . . .	2 294	2 110	3 142	377	1 575	1 416	1 999	358	2 112	7,2	7,6	7,3
Verbrauchsgüterindustrie . . . . .	1 982	1 798	2 781	389	1 258	1 205	1 786	366	1 611	5,9	6,3	6,2
Nahrungs- und Genußmittelind. . . . .	2 205	1 955	2 801	333	1 333	1 169	1 833	333	1 890	8,2	9,5	8,5
<b>Industrie, gesamt</b> . . . . .	<b>2 242</b>	<b>2 031</b>	<b>3 099</b>	<b>377</b>	<b>1 440</b>	<b>1 294</b>	<b>1 941</b>	<b>361</b>	<b>2 008</b>	<b>5,9</b>	<b>6,9</b>	<b>6,2</b>
Handwerk u. sonst. Kleingewerbe . . . . .	1 467	1 629	1 990	318	1 014	1 054	1 177	304	1 362	7,1	7,3	7,1
Baugewerbe . . . . .	2 049	2 075	3 018	359	1 514	1 528	1 622	333	2 016	6,3	6,7	6,3
<b>Produzierendes Gewerbe</b> . . . . .	<b>2 124</b>	<b>1 997</b>	<b>3 026</b>	<b>357</b>	<b>1 402</b>	<b>1 282</b>	<b>1 798</b>	<b>342</b>	<b>1 942</b>	<b>6,0</b>	<b>6,7</b>	<b>6,1</b>
Handel . . . . .	1 807	1 571	2 306	326	1 228	1 146	1 400	308	1 506	6,8	7,5	7,1
Verkehr <sup>3)</sup> . . . . .	1 955	1 820	2 183	358	1 673	1 487	1 835	333	1 903	6,2	6,8	6,3
<b>Handel und Verkehr</b> . . . . .	<b>1 878</b>	<b>1 699</b>	<b>2 246</b>	<b>333</b>	<b>1 300</b>	<b>1 240</b>	<b>1 464</b>	<b>310</b>	<b>1 646</b>	<b>6,5</b>	<b>7,3</b>	<b>6,9</b>
Öffentlicher Dienst <sup>4)</sup> . . . . .	2 400	1 883	2 538	396	1 980	1 479	2 170	383	2 270	6,1	6,4	6,2
Geld-, Bank- u. Versicherungswes. . . . .	2 136	1 690	2 330	376	1 549	1 205	1 691	360	1 858	8,0	8,8	8,3
Gaststättenwesen . . . . .	1 637	1 548	2 267	333	1 084	1 009	1 297	292	1 294	7,3	7,1	7,2
Häusliche Dienste . . . . .	1 667	-	1 667	-	982	908	1 256	303	984	-	7,2	7,1
Dienstleistungshandwerk <sup>5)</sup> . . . . .	1 403	1 354	2 231	333	946	971	1 380	311	1 037	6,8	6,9	7,0
Sonstige Dienstleistungen <sup>6)</sup> . . . . .	1 997	1 614	2 260	361	1 210	1 094	1 333	347	1 477	6,6	7,2	6,9
<b>Dienstleistungen, gesamt</b> . . . . .	<b>2 266</b>	<b>1 742</b>	<b>2 479</b>	<b>370</b>	<b>1 462</b>	<b>1 107</b>	<b>1 758</b>	<b>339</b>	<b>1 887</b>	<b>6,4</b>	<b>7,1</b>	<b>6,7</b>
<b>Insgesamt</b> . . . . .	<b>2 103</b>	<b>1 920</b>	<b>2 598</b>	<b>353</b>	<b>1 397</b>	<b>1 213</b>	<b>1 678</b>	<b>328</b>	<b>1 858</b>	<b>6,2</b>	<b>7,1</b>	<b>6,3</b>

1) Einschl. Heimarbeiter. - 2) Einschl. Berlin (West). - 3) Einschl. Bundesbahn und -post. - 4) Einschl. Soldaten. - 5) U. a. fotografisches Gewerbe, Wäschereien, Friseure, Gebäudereinigung. - 6) U. a. Organisationen ohne Erwerbscharakter und freie Berufe.

**Beschäftigung, Bruttolöhne und -gehälter sowie Durchschnittseinkommen**

Veränderung in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit

	1973	1974	1975 <sup>1)</sup>	1973		1974				1975			
				III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV <sup>1)</sup>
Beschäftigung . . . . .	0,6	-2,0	-3,8	0,6	0,3	-0,7	-1,7	-2,4	-3,2	-3,6	-4,0	-3,9	-3,5
Bruttolöhne und -gehälter . . . . .	12,6	9,5	3,1	12,2	14,0	9,1	10,6	9,6	8,9	4,7	3,0	2,1	3,0
Durchschnittseinkommen . . . . .	12,0	11,7	7,2	11,4	13,7	9,9	12,5	12,3	12,4	8,6	7,3	6,3	6,5

<sup>1)</sup> Schätzung.

stimmt. In den nur eine geringe Zahl von Arbeitnehmern betreffenden Tarifabschlüssen des Berichtsquartals wurde diese Expansionsrate eher noch unterschritten. Die anhaltend ungünstige konjunkturelle Entwicklung wirkte weiter dämpfend auf die Expansion der Individualeinkommen, die im Vorjahrsvergleich mit 6,3 vH erheblich weniger als in der ersten Jahreshälfte (I/75: + 8,6 vH; II/75: + 7,3 vH) zugenommen haben. Insgesamt stieg das monatliche Bruttoeinkommen je beschäftigten Arbeitnehmer auf rund 1 860 DM.

Dabei unterschieden sich die Zuwachsraten der Individualeinkommen in den Wirtschaftsbereichen nur wenig; sie lagen in den meisten Fällen zwischen 6 und 7 vH. Auffällige Ausnahme waren die Verdienststeigerungen für die in der Grundstoffindustrie beschäftigten Arbeitnehmer, die lediglich eine durchschnittliche Zunahme von 2,8 vH – Arbeiter allein sogar nur 0,9 vH – erzielten.

**Zahl der durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden**  
Veränderung in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit

	1973	1974				1975		
	IV	I	II	III	IV	I	II	III
Industrie <sup>1)</sup> . . . . .	-1,3	-3,3	-2,9	-2,3	-3,3	-6,4	-3,1	-2,2
Bauhauptgewerbe . . . . .	-8,8	+1,5	-3,2	-2,7	+3,3	-3,8	-1,2	+0,8

<sup>1)</sup> Betriebe mit über 10 Beschäftigten.

Demgegenüber haben die Arbeitnehmer in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie – eine relativ kleine Gruppe – mit 8,5 vH (im Vorjahrsvergleich) überdurchschnittliche Lohnsteigerungen durchsetzen können. Für diese Abweichung vom Durchschnitt waren in beiden Fällen Unterschiede in der individuell geleisteten Arbeitszeit verantwortlich: In der gesamten Industrie verringerte sie sich um 2 vH (Vorjahrsvergleich), in der Grundstoffindustrie aber um mehr als 6 vH; in der Nahrungs- und Genuß-

mittelindustrie nahm die Arbeitszeit dagegen geringfügig zu.

Eine nur geringe Differenzierung des Einkommenszuwachses war nicht nur im Vergleich zwischen Wirtschaftsbereichen festzustellen, sondern auch für unterschiedliche Gruppen von Arbeitnehmern. So erum 5,5 vH, die der Angestellten und Beamten um 6,4 vH. Wegen der sehr differierenden Beschäftigtenentwicklung blieb allerdings die Lohnsumme der Arbeiter – wie schon im Vorquartal – unter dem entsprechenden Vorjahrsniveau (- 1,3 vH), während die Gehaltsumme der Angestellten noch um 5,4 vH zunahm.

**Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst von 1960 bis 1974**

Einkommensniveau und Verdienststeigerungen der im öffentlichen Dienst Beschäftigten sind immer wieder Gegenstand heftiger Diskussionen: Dabei wird das Urteil zumeist durch den Vergleich mit Einkommensdaten im privaten Bereich gewonnen. Vielfach bleiben dabei wichtige strukturelle Unterschiede, mit der Folge von Fehleinschätzungen, außer Betracht.

So zeigt ein erster Blick auf die längerfristige Entwicklung der durchschnittlichen Brutto-Monatseinkommen<sup>2</sup>, daß die individuellen Löhne und Gehälter der im öffentlichen Dienst Beschäftigten von 1960 bis 1974 von 696 auf 2 274 DM, die Verdienste in der übrigen Wirtschaft von 488 auf 1 655 DM zugenommen haben.

Mit dieser pauschalen Analyse wird allerdings die Einkommenslage der Beschäftigten im öffentlichen

<sup>2</sup> Vgl. auch Datensammlung: „Beschäftigung und Arbeitnehmereinkommen in der Bundesrepublik Deutschland 1960 bis 1970.“ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Berlin, Juli 1975.

**Vergleich der Durchschnittseinkommen im öffentlichen Dienst<sup>1)</sup> mit der übrigen Wirtschaft<sup>2)</sup>**

Veränderung in vH

	Männer				Frauen				Insgesamt	
	Arbeiter		Angestellte und Beamte		Arbeiter		Angestellte und Beamte			
	Öffentlicher Dienst	Andere Bereiche	Öffentlicher Dienst	Andere Bereiche	Öffentlicher Dienst	Andere Bereiche	Öffentlicher Dienst	Andere Bereiche	Öffentlicher Dienst	Andere Bereiche
1960 bis 1965	+ 44	+ 54	+ 40	+ 46	+ 45	+ 53	+ 43	+ 48	+ 42	+ 54
1965 bis 1970	+ 47	+ 49	+ 42	+ 43	+ 49	+ 47	+ 43	+ 41	+ 44	+ 47
1970 bis 1974	+ 68	+ 48	+ 57	+ 49	+ 70	+ 50	+ 62	+ 50	+ 60	+ 50
1960 bis 1974	+ 253	+ 238	+ 211	+ 211	+ 265	+ 236	+ 232	+ 213	+ 227	+ 239

1) Ohne Bundesbahn und -post. — 2) Vgl. auch Datensammlung: „Beschäftigung und Arbeitnehmereinkommen in der Bundesrepublik Deutschland 1960–1970.“ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Juli 1975.

Dienst zu günstig dargestellt. Eine andere Position ergibt sich nämlich, wenn die Durchschnittseinkommen nach Arbeitern und Angestellten (einschließlich der Beamten) wie auch nach Männern und Frauen getrennt untersucht werden. In allen in der Übersicht ausgewählten Jahren sind bei männlichen Arbeitern und Angestellten die Einkommensunterschiede zwischen dem öffentlichen Dienst und der Privatwirtschaft nur gering. Größer ist die Einkommensdifferenz bei weiblichen Arbeitnehmern. Verantwortlich dafür ist vor allem, daß die Forderung nach gleicher Entlohnung bei gleicher Tätigkeit im öffentlichen Dienst weitgehend verwirklicht und überdies der Anteil höher qualifizierter weiblicher Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst relativ groß ist.

Von 1960 bis 1965 hatte sich für alle Gruppen der im öffentlichen Dienst Beschäftigten die Einkommensposition verschlechtert. Das „verlorene Terrain“

wurde erst zwischen 1970 und 1974 wieder aufgeholt; einige Gruppen haben in dieser Periode sogar ihre Stellung in der Einkommenshierarchie gegenüber 1960 verbessert. Dies trifft insbesondere für weibliche Arbeitnehmer — Arbeiter wie Angestellte — zu, die 1974 rund 31 bzw. 50 vH mehr verdienten als weibliche Beschäftigte in der Privatwirtschaft. Der Vorsprung der männlichen Kollegen ist dagegen gering. Die Arbeiter haben gegenüber 1960 ihre relative Position leicht verbessert, Angestellte und Beamte 1974 denselben Stand wieder erreicht.

**Ausblick**

Im vierten Quartal 1975 hat sich der Rückgang der Beschäftigtenzahl weiter verlangsamt, das entsprechende Vorjahrsniveau wurde dabei noch um 3,5 vH unterschritten. Mit der gegenwärtig konjunkturell

**Vergleich der Durchschnittseinkommen im öffentlichen Dienst<sup>1)</sup> mit der übrigen Wirtschaft<sup>2)</sup>**

Übrige Wirtschaft = 100

	Männer			Frauen			Insgesamt
	gesamt	Arbeiter	Angestellte und Beamte	gesamt	Arbeiter	Angestellte und Beamte	
1960	136	100	103	159	120	141	143
1965	125	93	99	150	114	136	132
1970	120	92	98	150	115	139	129
1974	127	104	103	163	131	150	137

1) Ohne Bundesbahn und -post. — 2) Vgl. auch Datensammlung: „Beschäftigung und Arbeitnehmereinkommen in der Bundesrepublik Deutschland 1960–1970.“ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Juli 1975.

wieder steigenden gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und erhöhter Produktion ergeben sich auch für den Arbeitsmarkt günstigere Perspektiven. Die in der langen Rezessionsperiode gebildeten innerbetrieblichen Produktivitätsreserven gestatten allerdings eine relativ kräftige Ausdehnung der Produktion, ohne daß zunächst auf Arbeitsmarktreserven zurückgegriffen werden müßte. Eine durchgreifende konjunkturelle Belegung auf dem Arbeitsmarkt kann deshalb erst mit beträchtlicher Verzögerung einsetzen. Die Situation für Arbeitsuchende wird sich bis zum Frühjahr 1976 generell kaum verbessern. Negative Saisoneinflüsse werden konjunkturelle Auftriebstendenzen zunächst sogar überdecken.

Zum Jahresende 1975 ist die Arbeitslosenzahl auf über 1,2 Millionen gestiegen. Für Januar und Februar ist mit einem weiteren saisonalen Anstieg zu rechnen. Allerdings dürfte sich die im Vorbericht geäu-

Berte Befürchtung, bei sehr hartem Winter könnte die Arbeitslosigkeit auf 1,5 Millionen steigen, nicht bestätigen. Aus heutiger Sicht wird die Obergrenze zwischen 1,3 und 1,4 Mill. liegen. Die gleichen konjunkturellen Gründe, die zu einer optimistischeren Einschätzung der nächsten Zukunft führen, sprechen dafür, daß von dem späten Frühjahr an die Arbeitslosenziffern ihren Vorjahrsstand wieder unterschreiten werden.

Verhandlungen über neue Tarifabschlüsse in der Metallindustrie, die die Lohnrunde 1976 eröffnen werden, stehen unmittelbar bevor. Sie werden von der Hypothek noch sehr hoher Arbeitslosigkeit gerade auch in diesem Tarifbereich beeinflußt sein. Kaum noch bestritten ist überdies die These, daß mäßige Abschlüsse notwendig sind, soll die bereits zu registrierende konjunkturelle Belegung in einen Aufschwung münden.

## Durch Expansion zur Wiedergewinnung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts?

### Die wirtschaftliche Lage in der Volksrepublik Polen

*Auf dem VII. Parteitag der „Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei“ (PVAP), der Anfang Dezember letzten Jahres in Warschau stattfand, wurde eine erste Bilanz des Fünfjahrplans 1971/75 gezogen; zugleich wurden die Grundlinien der staatlichen Wirtschaftspolitik für die Jahre 1976/80 entworfen.*

*Die Wirtschaft Polens hat sich in der Periode 1971/75 besonders dynamisch entwickelt. Der Lebensstandard der Bevölkerung ist in einem Tempo gestiegen, das seit Kriegsende niemals zuvor erzielt worden war. Allerdings wurde dieses rasche Wirtschaftswachstum von Marktstörungen und Versorgungsschwierigkeiten begleitet, weil das Güterangebot – bei einem staatlich verordneten Preisstopp für Grundnahrungsmittel – mit der Entwicklung der monetären Nachfrage nicht schritthalten konnte. Mit Importen, die in den letzten Jahren schnell zunahmen – der Importüberschuß wurde in erster Linie durch westliche Banken- und Lieferantenkredite finanziert –, konnte die Angebotslücke nur teilweise geschlossen werden.*

*Hauptziele der Wirtschaftspolitik für das neue Planjahr fünf sind binnenwirtschaftliches und außenwirtschaftliches Gleichgewicht: Bei einem nach wie vor hohen gesamtwirtschaftlichen Wachstum soll die Güterproduktion stärker zunehmen als die Kaufkraft. Die Handelsbilanz Polens soll nicht durch einen Importstopp, sondern durch eine Steigerung der Exporte ausgeglichen werden.*

#### **1971/75: Hohes Wachstum bei Vollbeschäftigung**

Das in den Jahren 1971/75 in Polen erzielte Wirtschaftswachstum hat die ursprünglichen Planvorstellungen weit übertroffen:

- Der Lebensstandard der Bevölkerung hat sich erheblich erhöht. So stiegen die durchschnittlichen Netto-Monatslöhne und -gehälter von 2 235 Zloty (Zl) im Jahre 1970 auf zuletzt 3 500 Zl.

**Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung in Polen**

Jährliche reale Zunahme in vH

	1961/65	1966/70	1971/75		1976/80	1976
			Ist		Plan	
Nationalprodukt, produziert . . . . .	6,1	6,0	10,1	6,8	7,0/7,3	8,3
Nationalprodukt, verwendet <sup>1)</sup> . . . . .	5,9	5,8	6) 12,8	7,1	.	.
Bruttoproduktion der Industrie . . . . .	8,4	8,3	11,6	8,3	8,2/8,4	8,8
Produktionsgüter . . . . .	9,8	9,3	6) 10,6	8,7	7) 7,3	.
Konsumgüter . . . . .	6,6	6,6	6) 10,1	7,3	7) 7,3	.
Bruttoproduktion der Bauwirtschaft . . . . .	6,3	7,4	6) 15,8	.	7,4/7,7	.
Bruttoproduktion der Landwirtschaft . . . . .	2,8	1,9	4,1	3,7	2,8/3,0	5,9
Pflanzliche Produktion . . . . .	3,2	2,0	3,0	3,5	2,8	7,7
Tierische Produktion . . . . .	2,3	1,6	5,5	3,8	3,0/3,4	3,7
Beschäftigung <sup>2)</sup> . . . . .	3,4	3,3	3,7	.	1,8	1,5
dar.: materieller Produktionsbereich <sup>3)</sup> . . . . .	1,5	1,9	1,9	.	1,1	.
Arbeitsproduktivität						
Industrie . . . . .	.	5,0	8,4	5,1	} 7,4/7,7	7,7
Bauwirtschaft . . . . .	.	5,2	10,0	5,4		8,8
Durchschnittlicher Monatslohn						
nominal . . . . .	3,7	3,7	9,4	.	.	5,9
real . . . . .	1,5	2,1	7,0	3,4	3,0/3,4	3,7
Einkommen der bäuerlichen Bevölkerung . . . . .	.	0,2	6,6	3,4	.	3,7
Geldeinnahmen der Bevölkerung . . . . .	7,6	7,8	6) 12,0	.	5,5	7,6
Warenlieferung für den Binnenmarkt . . . . .	.	7,1	12,3	7,4	7,0/7,3	10,7
Dienstleistungen . . . . .	.	.	10,7	.	9,9	11,0
Anlageinvestitionen	6,7	6,4	13,7	7,8	6,5/7,0	5,8
davon: produktionswirksame Investitionen	8,9	8,3	14,4	.	6,7	.
Sonstige Investitionen <sup>4)</sup> . . . . .	1,8	7,2	11,3	.	7,4	.
Export insgesamt	11,1	9,5	6) 11,4	9,2	15,5	12,2
davon: in RGW-Länder <sup>5)</sup> . . . . .	6) 12,5	6) 11,4	6) 17,6	6) 9,2	11,0	.
Import insgesamt	9,9	9,0	6) 18,1	9,8	10) 11,0	.
davon: aus RGW-Ländern <sup>6)</sup> . . . . .	6) 10,4	6) 10,4	6) 14,0	6) 8,7	11,0	.

1) Im Inland verwendet. — 2) Ohne Privatwirtschaft. — 3) In der Abgrenzung der polnischen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung umfasst der materielle Produktionsbereich: Industrie, Energiewirtschaft, Bauwirtschaft, Land- und Forstwirtschaft, Verkehr und Fernmeldewesen, Handel, sowie sonstige Produktion (Kommunalwirtschaft, Buch- und Filmproduktion usw.). — 4) Wohnungsbau, Wissenschaft und Bildung, Gesundheit und Sport, Kultur und Kunst, soziale Fürsorge, Straßenbau u. a. — 5) Albanien, Bulgarien, CSSR, DDR, Kuba, Mongolei, Rumänien, UdSSR und Ungarn. — 6) Durchschnittliche jährliche Zunahme 1971/74. — 7) Ausschließlich Exportproduktion. — 8) Zu jeweiligen Preisen. — 9) RGW-Länder und VR China, Jugoslawien, VR Korea und VR Vietnam. — 10) Geschätzt.

Quellen: Zusammengestellt und errechnet nach: Trybuna Ludu vom 6., 7., 9., 10., 19. und 20. 12. 1975; Richtlinien des Zentralkomitees für den VII. Parteitag der PVAP; Statistisches Jahrbuch Polens für 1974 und Außenhandelsjahrbuch Polens für 1974.

Gleichzeitig wurde der gesetzliche Mindestlohn von 850 auf 1 200 ZI angehoben<sup>1</sup>. Da sich die Kosten der Lebenshaltung, folgt man der amtlichen polnischen Statistik, in den letzten fünf Jahren nur mit einer Jahresrate von 2,5 vH verteuerten, stiegen die Reallöhne um jährlich 7 vH. Dies ist die bisher größte Zunahme in der polnischen Wirtschaftsgeschichte seit 1945. Einen fast gleich hohen realen Einkommenszuwachs erzielten die privaten Bauern — ebenfalls bisher einmalig in Polen. Die ausgewiesene Steigerung der durchschnittlichen Reallöhne war indes höher als der gesamtwirtschaftliche jährliche Produktivitätsfortschritt (schätzungsweise 6,5 vH). Dies bedeutet eine Abkehr von der bisher in Polen (und allen anderen sozialistischen Ländern) befolgten Verteilungsregel: Der Zuwachs der Löhne soll hinter der Produktivitätssteigerung zurückbleiben, damit

auch der gesellschaftliche Bedarf finanziert werden kann.

- Die Steigerung des Lebensstandards ging nicht zu Lasten der wirtschaftlichen Zukunft des Landes. Die realen Brutto-Anlageinvestitionen nahmen mit jährlich 14 vH schneller zu als der private Verbrauch (9 vH). Noch rascher expandierten die Netto-Anlageinvestitionen (22 vH). Die Investitionsquote stieg kräftig, von 22 vH auf 30 vH (1974). Damit vergrößerte sich das produktive Anlagevermögen in der gewerblichen Wirtschaft Polens um mehr als ein Drittel. In der Industrie

<sup>1</sup> Umgerechnet mit der Verbrauchergeldparität des Statistischen Bundesamtes (1970: 100 ZI = 15,90 DM, 1975: 100 ZI = 19,73 DM) betragen die monatlichen Durchschnittslöhne und -gehälter 355 DM und 690 DM, der Mindestlohn 135 DM bzw. 236 DM — allerdings gibt diese Verbrauchergeldparität das Kaufkraftverhältnis zwischen DM und ZI nur annähernd wieder.

betrug der Kapazitätszugang sogar rund 60 vH; anders ausgedrückt: Jede dritte in der Industrie installierte Maschine ist gegenwärtig nicht älter als fünf Jahre.

Dank der beschleunigten Expansion der Investitionen ist es gelungen, in den Jahren 1971 bis 1975 1,9 Millionen neue Arbeitsplätze außerhalb der privaten Landwirtschaft zu schaffen. Drei Millionen Jugendliche sind ins Erwerbsleben eingetreten. Mit 17 Millionen Berufstätigen hat Polen gegenwärtig eine Beschäftigungsquote von 50 vH und – anders als in den vorangegangenen mittelfristigen Planperioden – Vollbeschäftigung erreicht<sup>2</sup>.

### Zunehmender Inflationärer Druck . . .

Zu den Schattenseiten dieser dynamischen Entwicklung zählt, daß sich das strukturelle Ungleichgewicht der polnischen Volkswirtschaft – vor allem eine Folge der einseitigen Forcierung der Schwerindustrie in der ersten Industrialisierungsphase nach 1945 – in den Jahren 1971/75 erheblich verschärft hat. Engpässe im Verkehrssektor sowie in der Rohstoff- und Energiewirtschaft haben zu Störungen im Produktionsprozeß geführt. Die Konsumgüterindustrie, von der Wirtschaftspolitik jahrzehntelang vernachlässigt, konnte ihre Produktion weder quantitativ noch qualitativ ausreichend steigern, um mit der Entwicklung der privaten Nachfrage schrittzuhalten. Infolgedessen kam es in den beiden letzten Jahren der Berichtsperiode auf zahlreichen Märkten

– trotz höherer Einfuhren – zu Versorgungsschwierigkeiten. Bei Nahrungsmitteln wurde die Versorgung dadurch erschwert, daß die polnische Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1974/75 einen – witterungsbedingten – Produktionsrückgang zu verzeichnen hatte (z. B. lag die Getreideernte mit 21,5 Mill. t um knapp 2 Mill. t unter dem Vorjahresergebnis). Die tierische Produktion ist seitdem rückläufig, was zu Engpässen in der – zuvor rapide erhöhten – Fleischversorgung geführt hat. Der Pro-Kopf-Verbrauch von Fleisch und Fleischwaren nahm von 53 kg im Jahre 1970 auf 70,3 kg im Jahre 1975 zu. Da man auf Verknappungen des Fleischangebots in Polen nach wie vor besonders neuralgisch reagiert, versucht die Regierung, die Viehhaltung durch vermehrte Einfuhren von Getreide und Futtermitteln auszuweiten; außerdem werden die Nahrungsmittel-Ausfuhren gedrosselt. Polen wurde dadurch – und das widerspricht der landläufigen Vorstellung über dieses Land völlig – im letzten Jahrfünft zu einem Netto-Importeur von Agrarerzeugnissen und Nahrungsmitteln.

Wegen der geschilderten Versorgungsschwierigkeiten hielten Parteiführung und Regierung aus politischen Gründen an dem Anfang 1971 ausgesprochenen Preisstopp für Grundnahrungsmittel fest. Auf den freien Märkten erhöhten sich die Nahrungsmittelpreise in der Berichtszeit zwar um rund ein Drittel.

<sup>2</sup> Ohne Streitkräfte, Polizei, para-militärische Organisationen, Lehrlinge (1974: 578 000) und Arbeitslose. Aufgrund der amtlichen Statistik waren im Oktober letzten Jahres in Polen 24 000 Arbeitssuchende, darunter 19 000 Frauen, registriert; dem standen insgesamt 120 000 offene Stellen gegenüber, darunter 36 000 für Frauen.

### Preisindex für Waren im Einzelhandel<sup>1)</sup> und Dienstleistungen

1970 = 100

	1971	1972	1973	1974	1975 <sup>2)</sup>
Preisindex insgesamt . . . . .	100,4	100,4	101,1	107,1	108,4
Waren . . . . .	100,4	100,3	100,8	106,6	107,8
darunter: Nahrungsmittel . . . . .	102,5	102,4	102,7	109,1	109,1
davon: Staatlicher und genossenschaftlicher Einzelhandel . . . . .	101,5	100,7	100,6	102,2	102,8
Gaststätten . . . . .	101,6	99,6	99,8	117,2	119,2
freie Märkte für Nahrungsmittel . . . . .	107,6	111,9	114,3	135,1	132,8
Alkoholische Getränke . . . . .	100,0	100,0	100,0	124,6	127,3
Andere Waren . . . . .	97,2	96,9	97,1	98,6	100,6
Dienstleistungen . . . . .	100,5	101,2	103,4	109,5	111,5

1) Einschließlich Gaststätten und freie Märkte. – 2) Januar–September.

Quelle: Biuletyn Statystyczny, Nr. 11/75.

Der Anteil der Käufe auf diesen freien Märkten am gesamten Nahrungsmittelverbrauch der polnischen Bevölkerung ist aber relativ gering. Diese Preissteigerung hat sich daher nur geringfügig auf die Lebenshaltungskosten ausgewirkt.

Die nominalen Geldeinnahmen der Bevölkerung expandierten, amtlichen Verlautbarungen zufolge, in der Berichtsperiode um jährlich 15 vH, also stärker als das im Inland verwendete Nationalprodukt. Der monetären Kaufkraft stand kein adäquates Güterangebot gegenüber, so daß sich ein inflationärer Geldüberhang herausbildete. Die private Ersparnis

wuchs seit 1970 mit einer jährlichen Rate von 34 vH, und ein Teil dieses Zuwachses stellt sicherlich Zwangssparen dar. Besonders stark haben die privaten Bargeldbestände zugenommen, von 0,3 Mrd. ZI (1970) auf 18,5 Mrd. ZI (1974); ihr Anteil am gesamten Geldvermögen der polnischen Bevölkerung erhöhte sich damit von 3 auf 27 vH.

**. . . trotz gestiegener Importüberschüsse**

Zu den auffallendsten Merkmalen der „Neuen Wirtschaftspolitik“ der Gierek-Administration zählt – in Abkehr vom „stalinistischen Industrialisierungs-

**Entwicklung der Handelsbilanz<sup>1)</sup> Polens**

	1961/65 <sup>2)</sup>	1966/70 <sup>2)</sup>	1971	1972	1973	1974	1975 <sup>3)</sup>
Mill. US-Dollar							
Alle Länder . . . . .	- 144	- 93	- 162	- 403	- 1425	- 2138	- 2223
Sozialistische Länder <sup>4)</sup> . . . . .	- 125	- 110	- 274	- 128	- 158	- 21	+ 410
darunter: RGW-Länder <sup>5)</sup> . . . . .	- 117	- 138	- 286	- 115	- 143	- 17	+ 316
darunter: UdSSR . . . . .	+ 16	- 47	- 34	+ 225	+ 167	+ 21	+ 121
DDR . . . . .	- 106	- 82	- 147	- 189	+ 68	- 19	- 132
CSSR . . . . .	- 31	- 20	- 83	- 94	- 93	+ 2	+ 144
Ungarn . . . . .	- 4	+ 4	- 30	- 66	- 67	- 22	+ 69
Bulgarien . . . . .	- 1	+ 4	+ 13	+ 6	- 18	+ 46	+ 121
OECD-Länder . . . . .	- 29	- 14	+ 37	- 343	- 1278	- 2301	- 3322
darunter: EG (Neun) . . . . .	+ 42	- 37	+ 5	- 230	- 752	- 1332	- 1721
darunter: Bundesrepublik Deutschland . . . . .	+ 22	+ 25	+ 29	- 142	- 494	- 710	- 502
Großbritannien . . . . .	+ 15	- 32	- 43	- 58	- 114	- 131	- 367
Italien . . . . .	+ 8	+ 3	+ 66	+ 59	+ 54	- 37	- 152
Frankreich . . . . .	- 8	- 34	+ 11	- 31	- 75	- 79	- 304
USA . . . . .	- 38	+ 36	+ 25	+ 16	- 121	- 208	- 394
Japan . . . . .	- 5	+ 11	- 16	- 61	- 76	- 169	- 243
Entwicklungsländer <sup>6)</sup> . . . . .	- 1	+ 14	+ 30	+ 23	- 4	+ 88	+ 109
Exporte in vH der Importe							
Alle Länder . . . . .	93	97	96	92	82	80	84
Sozialistische Länder <sup>4)</sup> . . . . .	90	94	90	96	96	100	107
darunter: RGW-Länder <sup>5)</sup> . . . . .	90	93	89	96	96	100	106
darunter: UdSSR . . . . .	103	96	97	114	109	101	103
DDR . . . . .	56	74	68	69	91	97	87
CSSR . . . . .	84	92	76	80	85	100	118
Ungarn . . . . .	95	102	83	71	74	91	124
Bulgarien . . . . .	97	107	116	106	90	124	153
OECD-Länder . . . . .	95	98	103	81	63	56	52
darunter: EG (Neun) . . . . .	115	93	101	80	65	58	55
darunter: Bundesrepublik Deutschland . . . . .	131	122	110	68	49	42	54
Großbritannien . . . . .	115	82	78	76	69	74	47
Italien . . . . .	122	104	178	146	126	89	70
Frankreich . . . . .	76	58	113	78	72	77	55
USA . . . . .	56	147	132	114	61	55	39
Japan . . . . .	50	22	63	30	36	27	28
Entwicklungsländer <sup>6)</sup> . . . . .	99	108	108	110	96	120	154

1) Exportüberschuß: +, Importüberschuß: -; fob-Werte zu jeweiligen Preisen. - 2) Jährlicher Durchschnitt. - 3) Mit dem Zuwachs für Januar bis September hochgerechnet. - 4) RGW-Länder und Albanien, VR China, Jugoslawien, VR Korea sowie VR Vietnam. - 5) Die aufgeführten Länder und Mongolei, Kuba sowie Rumänien. - 6) Soweit in der amtlichen Außenhandelsstatistik einzeln ausgewiesen.

Quellen: Errechnet nach: Außenhandelsjahrbuch Polens, div. Jahrgänge und Biuletyn Statystyczny 1975.

modell“ – die besondere Rolle der Außenwirtschaft im Wachstumsprozeß. Durch eine stärkere Einbeziehung der Wirtschaft in die internationale Arbeitsteilung, unterstützt durch die erklärte Bereitschaft, dafür Kredite auch im westlichen Ausland in Anspruch zu nehmen, sollen die anspruchsvollen wirtschaftspolitischen Ziele schneller erreicht werden. Diese Politik wurde seit 1970 konsequent durchgeführt. Das Volumen der Ausfuhren und der Einfuhren wuchs schneller als das Nationalprodukt. Die (geschätzte) gesamtwirtschaftliche Exportquote (Exporte in vH des produzierten Nationalprodukts) stieg von 22 vH (1969) auf 24 vH (1974). Noch rascher nahm die Importquote (Importe in vH des verwendeten Nationalprodukts) zu, nämlich von rund 25 auf 31 vH.

Der Einfuhrüberschuß wurde fast ausschließlich im Handel mit westlichen Industrieländern erzielt: Die Importe aus dieser Ländergruppe erhöhten sich in der Berichtsperiode nominal um jährlich 41 vH und damit beinahe doppelt so schnell wie die polnischen Exporte dorthin (21,5 vH). Am stärksten stiegen die Einfuhren aus den USA (53 vH), Frankreich (42 vH) und der Bundesrepublik Deutschland (41 vH), die in den Jahren 1971/75 – allerdings mit deutlichem Abstand hinter der UdSSR, aber noch vor der DDR – zum zweitgrößten Außenhandelspartner Polens avancierte.

Das Verhältnis von Exporten zu Importen, das im Handel mit den RGW-Ländern im großen und ganzen um den Wert 100 pendelt, hat sich im Warenaustausch mit den westlichen Industrieländern in den letzten vier Jahren deutlich verkleinert; das gilt vor allem gegenüber Japan, den USA, Großbritannien und – abgesehen von 1975 – auch für die Bundesrepublik. Im Rahmen des staatlichen Außenhandels- und Valutamonopols wird der Handels- und Zahlungsverkehr Polens mit den westlichen Ländern grundsätzlich bilateral geplant und bilanziert, obwohl er auf der Basis westlicher konvertierbarer Währungen abgewickelt wird. In den vier genannten Ländern ist offenbar die Bereitschaft der Regierungen und/oder privater Banken und Exporteure, Polen Kredite zu gewähren, in den vergangenen fünf Jahren am größten gewesen. Da Polen seine Zahlungsbilanz nicht veröffentlicht, ist es nicht bekannt, auf welche Summe der Schuldendienst inzwischen ange-

wachsen, d. h. wie stark die Zahlungsbilanz durch frühere Kreditaufnahmen bereits belastet ist. Äußerungen führender polnischer Wirtschaftspolitiker zufolge ist diese Belastung gegenwärtig schon bedenklich.

#### Plan 1976/80

Die inländische Produktion soll im laufenden Planjahrfünft um mindestens 7 vH jährlich wachsen. Überdurchschnittlich soll dabei die Industrie expandieren (8,2 vH) und ihr Beitrag zum Nationalprodukt auf 62 vH steigen (1975: 58 vH). Absolute Priorität wurde der Exportproduktion zuerkannt (jährliche Zunahme: 14 vH). Ihr Anteil an der industriellen Bruttoproduktion soll sich bis 1980 auf mindestens 18 vH erhöhen (1975: 14,4 vH, Plan 1976: 14,6 vH).

Im neuen Fünfjahrplan wird in Polen mit der geringsten Beschäftigtenzunahme seit 1945 gerechnet. Das Produktionswachstum wird also stärker als je zuvor vom Anstieg der Arbeitsproduktivität abhängen. Daher appelliert die polnische Parteiführung nachdrücklich an die Erwerbstätigen: Die vorgesehene Reallohnsteigerung (3,4 vH jährlich) sei nur dann zu erreichen, wenn der geplante Produktivitätsfortschritt (6 vH) realisiert wird („Wie die Arbeit, so der Lohn“). Damit verbunden ist eine Rückkehr zu der früheren Verteilungskonzeption: Die Beschäftigten sollen nicht mehr in voller Höhe mit dem von ihnen erzielten Produktivitätszuwachs entlohnt werden. Neben den Beträgen für die sozialen Leistungen des Staates und den sonstigen gesellschaftlichen Konsum müssen 1976/80 auch die für den geplanten Exportüberschuß benötigten Mittel abgezweigt werden. Die Zunahme der Netto-Geldeinnahmen soll so stark eingeschränkt werden, daß die monetäre Nachfrage schwächer zunimmt als das gesamtwirtschaftliche Angebot von Gütern und Diensten.

Die Anlageinvestitionen sollen dabei nur halb so stark zunehmen wie in der abgelaufenen Periode; die Investitionsquote soll nicht weiter steigen. Für den privaten Verbrauch ist – soweit man das aus den veröffentlichten Daten erkennen kann – ein gleich hohes Wachstum vorgesehen wie für die Investitionen.

Die staatliche Preispolitik soll sich „elastisch“ den ökonomischen Notwendigkeiten anpassen. Ob der

Preisstopp für Grundnahrungsmittel beibehalten wird, soll erst im Laufe dieses Jahres entschieden werden; der Plan für 1976 impliziert eine Geldentwertungsrates von 2 vH. Oberstes Kriterium der staatlichen Preispolitik für 1976/80 bleibt die Sicherung der geplanten Zunahme der Realeinkommen.

**Schwerpunkt der Investitionspolitik: Landwirtschaft, Nahrungsmittelindustrie und Wohnungsbau**

Eine Hauptaufgabe des neuen Fünfjahrplans ist der beschleunigte Ausbau der Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie (Agrar-Nahrungsmittelkomplex). Beide Bereiche sollen – zu Lasten der verarbeitenden Industrie – überdurchschnittlich an der Investitionsausweitung teilhaben. Polen soll 1976/80 wieder zu einem Netto-Exporteur von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Nahrungsmitteln werden, und das bei gleichzeitig erheblich verbesserter Inlandsversorgung. Der Pro-Kopf-Fleischverbrauch soll z. B. bis 1980 um rund 10 kg auf 80 kg steigen.

Verteilung der Anlageinvestitionen in vH

	1966/70	1971/75	1976/80
Anlageinvestitionen insgesamt . . . . .	100	100	100
davon:			
Produktionswirksame Investitionen . .	75	78	76
darunter: Verarbeitende Industrie . . .	31	37	30
Agrar-Nahrungsmittelkomplex	20	19	23
Rohstoffwirtschaft . . . . .	8	6	8
Verkehr . . . . .	8	9	8
Sonstige Investitionen . . . . .	25	22	24
darunter: Wohnungsbau . . . . .	11	10	14

Innerhalb der nicht-produktionswirksamen Investitionen genießt der Wohnungsbau absoluten Vorrang. 1976/80 sollen insgesamt 1,5 Mill. neue Wohnungen gebaut werden (+ 0,4 Mill.), so daß die Wohnverhältnisse eines Viertels aller Familien verbessert werden können; das sei ein wichtiger Schritt zur Realisierung des bis 1990 reichenden Wohnungsbauprogramms, das für jede Familie eine eigene Wohnung vorsieht.

**Außenwirtschaftliches Ziel: Verdoppelung des Exportvolumens**

Eindeutige Priorität wird im laufenden Jahrfünft

der staatlichen Außenhandelspolitik zuerkannt. Ihr Ziel besteht nach den Worten des polnischen Außenhandelsministers in der Erreichung einer aktiven Handelsbilanz<sup>3</sup>. Aus diesem Überschuß sollen die in den Jahren 1976 bis 1980 fälligen Tilgungsraten von Krediten finanziert werden, die sowohl in sozialistischen als auch in westlichen Ländern aufgenommen worden sind. Außerdem muß sich Polen am Ausbau der gemeinsamen Rohstoffbasis der RGW-Länder mit Krediten beteiligen<sup>4</sup>.

Dieses Planziel soll – bei einer nachhaltigen Verbesserung der Exportgewinne – hauptsächlich über eine rasche Zunahme der Exporte erreicht werden. Im neuen Fünfjahrplan ist ein jährliches Wachstum des Exportvolumens von 15,5 vH vorgesehen. Die Exportquote Polens soll danach bis 1980 auf 26 vH steigen (1974: 24 vH). Die polnischen Ausfuhren in die übrigen RGW-Länder sollen sich – aufgrund der bilateralen Regierungsprotokolle über die Plankoordinierung für 1976/80, die im vergangenen Jahr mit allen RGW-Partnern unterzeichnet wurden – jährlich um 11 vH vergrößern<sup>5</sup>. Zur Realisierung des gesamten Exportplans wäre infolgedessen eine überdurchschnittliche Erhöhung des Liefervolumens in alle Nicht-RGW-Länder (jährlich rund 20 vH), und zwar in erster Linie in die westlichen Industrieländer erforderlich.

<sup>3</sup> Handel zagraniczny, Nr. 11/1975.

<sup>4</sup> Polen beteiligt sich zusammen mit anderen RGW-Ländern an der Finanzierung von mehreren Rohstoffvorhaben auf dem Territorium der UdSSR. Es handelt sich dabei u. a. um ein Zellstoffkombinat in Ust-Ilimsk (Ost-Sibirien), ein Asbestkombinat in Kijembajew (Ural), ein Hüttenwerk bei Kursk und eine Erdgasleitung von Ushgorod (Sibirien) an die sowjetische Westgrenze. Die Kredite bestehen aus Warenlieferungen, d. h. zweckgebundenen Investitionsgütern und Konsumgütern; im Falle der Erdgasleitung werden auch Bauarbeiter (6 000) in die UdSSR entsandt. Die Rückzahlung dieser Warenkredite (einschließlich einer eher symbolischen Verzinsung von jährlich 2 % soll durch sowjetische Rohstofflieferungen nach Fertigstellung der Projekte erfolgen. Der Umfang der polnischen Beteiligung für 1976/80 ist nicht bekannt.

<sup>5</sup> Zu RGW-Vertragspreisen des Jahres 1974 gerechnet. Tatsächlich müssen Polen und die übrigen RGW-Länder die mittelfristige Entwicklung ihres gegenseitigen Warenverkehrs erstmalig ohne fixe Preise planen. Denn das neue RGW-Preisbildungsverfahren, auf das man sich im Januar 1975 geeinigt hat und das im laufenden Planjahrfünft zur vollen Anwendung gelangt, sieht eine jährliche Revision der Vertragspreise im Intra-blockhandel vor. In Polen schätzt man z. B., daß der polnisch-sowjetische Warenumsatz (Export und Import) im neuen Fünfjahrplan zu 1974er Preisen rund 23 Mrd. Transfer-Rubel (das ist die gemeinsame Verrechnungseinheit der RGW-Länder) erreichen wird. Zu jeweiligen Preisen wird mit einem Umsatzwert von 32 bis 35 Mrd. gerechnet (+ 40 bis 50 vH).

### Regionalstruktur des polnischen Außenhandels

Anteil am gesamten Export bzw. Import in vH<sup>1)</sup>

	1961/62 <sup>2)</sup>	1966/70 <sup>2)</sup>	1971	1972	1973	1974	1975 <sup>3)</sup>
Export							
Sozialistische Länder <sup>4)</sup> . . . . .	63,3	64,2	63,1	63,6	60,6	55,7	58,1
darunter: RGW-Länder <sup>5)</sup> . . . . .	59,4	60,0	59,2	60,4	57,9	52,9	54,9
darunter: UdSSR . . . . .	34,3	35,2	35,8	36,9	32,3	28,5	31,6
DDR . . . . .	7,2	8,2	8,0	8,4	10,2	9,0	7,1
CSSR . . . . .	9,1	8,1	7,1	7,4	7,8	7,4	7,9
Ungarn . . . . .	4,0	4,0	4,0	3,3	3,0	2,9	3,1
Bulgarien . . . . .	1,7	2,1	2,3	2,3	2,5	2,7	2,9
OECD-Länder . . . . .	28,7	28,3	29,6	29,5	33,2	35,5	30,5
darunter: EG (Neun) . . . . .	17,8	17,3	18,6	18,8	21,7	22,1	18,3
darunter: Bundesrepublik Deutschland . .	5,0	4,9	6,0	6,1	6,7	6,3	5,0
Großbritannien . . . . .	6,2	5,1	3,9	3,8	4,0	4,5	2,8
Italien . . . . .	2,4	2,8	3,8	3,8	4,0	3,7	3,0
Frankreich . . . . .	1,4	1,6	2,2	2,3	3,0	3,3	3,2
USA . . . . .	2,6	3,0	2,7	2,6	3,0	3,1	2,2
Japan . . . . .	0,1	0,7	0,6	0,5	0,7	0,8	0,8
Entwicklungsländer <sup>6)</sup> . . . . .	7,2	6,6	6,0	5,0	3,9	6,3	8,6
Import							
Sozialistische Länder <sup>4)</sup> . . . . .	65,0	65,9	67,3	61,2	51,6	44,3	45,8
darunter: RGW-Länder <sup>5)</sup> . . . . .	61,0	62,9	64,1	58,0	49,2	42,1	43,8
darunter: UdSSR . . . . .	31,0	35,7	35,2	29,9	24,4	22,5	25,7
DDR . . . . .	12,0	10,7	11,3	11,3	9,2	7,3	6,9
CSSR . . . . .	10,0	8,5	8,8	8,6	7,6	5,9	5,6
Ungarn . . . . .	3,9	3,8	4,6	4,3	3,3	2,5	2,1
Bulgarien . . . . .	1,6	1,9	1,9	2,0	2,2	1,7	1,6
OECD-Länder . . . . .	28,1	27,9	27,5	33,7	43,4	50,2	49,6
darunter: EG (Neun) . . . . .	14,4	18,0	17,7	21,5	26,8	30,3	27,8
darunter: Bundesrepublik Deutschland . .	3,5	3,9	5,1	8,3	11,8	12,0	7,8
Großbritannien . . . . .	5,0	6,0	4,9	4,6	4,7	4,8	5,0
Italien . . . . .	1,8	2,6	2,0	2,4	2,6	3,3	3,6
Frankreich . . . . .	1,7	2,7	1,8	2,7	3,4	3,4	4,9
USA . . . . .	4,3	1,7	2,0	2,1	4,0	4,5	4,7
Japan . . . . .	0,1	0,3	1,0	1,6	1,5	2,2	2,4
Entwicklungsländer <sup>6)</sup> . . . . .	6,7	5,9	5,0	4,2	3,2	4,2	4,7

1) Zu jeweiligen Preisen. — 2) Jährlicher Durchschnitt. — 3) Mit dem Zuwachs für Januar bis September hochgerechnet. — 4) RGW-Länder und Albanien, VR China, Jugoslawien, VR Korea sowie VR Vietnam. — 5) Die aufgeführten Länder und Mongolei, Kuba sowie Rumänien. — 6) Soweit in der amtlichen Außenhandelsstatistik einzeln ausgewiesen.

Quellen: Errechnet nach: Außenhandelsjahrbuch Polens, div. Jahrgänge und Biuletyn Statystyczny 1975.

Ein solches Exportprogramm ist jedoch kaum realistisch, zumal die geplante Ausfuhr in den Westen von industriellen Fertigerzeugnissen getragen werden soll, was an die Wettbewerbsfähigkeit der polnischen Exportindustrie hohe Anforderungen stellt.

Für die gesamten Fertigwarenexporte wird mit einem jährlichen Wachstum von mindestens 18 vH gerechnet. Eine zweite, wichtige Plan-Kategorie von Exportgütern bilden Agrarerzeugnisse und Nahrungsmittel (zuzüglich landwirtschaftlicher Maschinen, Maschinen für die Nahrungsmittelindustrie sowie Kunstdünger); in diesem Bereich wird ebenfalls eine Zuwachsrate von 18 vH pro Jahr erwartet, wobei die

Ausfuhren in den RGW-Raum überdurchschnittlich zunehmen sollen. Schließlich wurden Brenn-, Roh- und Grundstoffe (Steinkohle, Kupfer, Schwefel, Salze, Holz, elektrischer Strom, Bergbaumaschinen, chemische Erzeugnisse) zu einer dritten Planungseinheit zusammengezogen, deren Wachstumschancen bis 1980 mit etwa 13 vH jährlich beziffert werden; der Absatz im RGW soll wiederum schneller steigen als auf westlichen Märkten.

Planzahlen über die Einfuhrentwicklung wurden bisher nicht veröffentlicht. Eine Modellrechnung führt — ausgehend vom geplanten Exportwachstum — zu dem Ergebnis, daß die Einfuhren insgesamt nur

um jährlich maximal 11 vH zunehmen dürfen, soll die Handelsbilanz bis 1980 aktiviert werden. Dieses Ergebnis ist mit der geplanten Steigerung der Warenbezüge aus den RGW-Ländern konsistent (11 vH jährlich). Soll dabei die Handelsbilanz gegenüber den westlichen Industrieländern — bei einem angenommenen jahresdurchschnittlichen Wachstum des Liefervolumens in diesen Raum von 20 vH — zumindest ausgeglichen werden, dann beträgt der mögliche Importzuwachs bei dieser Ländergruppe rund 9 vH.

Im Unterschied zur DDR, der CSSR und Ungarn dürfte die polnische Volkswirtschaft auch in Zukunft von zusätzlichen Zahlungsbilanzproblemen aufgrund einer Terms-of-Trade-Verschlechterung verschont bleiben<sup>6</sup>.

### **Rolle der mittelfristigen Wirtschaftsplanung**

Das wirtschaftspolitische Programm für 1976/80,

das vom VII. Parteitag der kommunistischen Partei Polens verabschiedet wurde, ist nach den Worten des 1. Parteisekretärs „offen für neue Entwicklungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten“. Der neue Fünfjahrplan bildet — genauso wie sein Vorgänger — einen strukturpolitischen Orientierungsrahmen für die kurzfristige Planung, die so flexibel wie möglich auf unerwartete Entwicklungen reagieren soll. Ein gutes Beispiel dafür ist der Volkswirtschaftsplan 1976, der, zwei Wochen nach dem Parteitag vom Parlament verabschiedet, bei den Ansätzen für Produktion und privaten Verbrauch von den mittelfristigen Planzielen nach oben und bei den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital sowie den Exporten nach unten abweicht.

<sup>6</sup> Das reale Austauschverhältnis verbesserte sich 1974 gegenüber dem Vorjahr insgesamt leicht — um 0,4 vH —, im Westhandel wegen des relativ hohen Exportanteils von Primärerzeugnissen dagegen kräftig (um 10 vH); dem stand eine Verschlechterung der Terms of Trade im Handel mit Entwicklungsländern um rund 9 vH gegenüber.

— Der nächste Wochenbericht erscheint am 29. Januar 1975 —

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5  
Tel. (030) 8 29 11 — telex 01 83247 diwbl

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Günther John, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter,

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich  
Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

*Erste Anzeichen einer Entlastung am Arbeitsmarkt* bearbeitet von Gerhard Göseke. —

*Durch Expansion zur Wiedergewinnung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts?* bearbeitet von Heinrich Machowski.

Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangaben zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Bürotechnik Berlin, 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43.  
Bezugspreis für den Jahrgang DM 50,—, vierteljährlich DM 15,—, Einzelnummer DM 2,—.

— Hierzu Prospekte des Verlags Duncker und Humblot —